

Bitte macht nicht länger so weiter

Verfassungsgericht stoppt Beratung zu Heizungsgesetz: „Schlag für die Ampel“, FR-Meinung vom 7. Juli

Der Kanzler ist anscheinend kommunikationsunwillig

Nach vielen Jahren Merkel-Ära muss sich in Deutschland Etlisches ändern bzw. zumindest auf den Weg gebracht werden, denn wir sind bald in vielen Bereichen Schlusslicht. Also nicht nur große Töne schwingen, sondern machen!

Die FDP etabliert einen neuen Weg und geriert sich als Opposition innerhalb der Regierung – sie könnte ihr Schild „Dagegen!“ kaum höher hängen. Die SPD agiert nach dem Motto „Ich bin dann mal weg!“ Mitregieren Fehlanzeige. Einen derart kommunikationsunwilligen Kanzler hatten wir noch zu keiner Zeit. Die Grünen bestehen eigentlich nur aus Herrn Habeck, der wie ein Elefant im Porzellanladen herumtrampelt. Geht es ihm noch um die Sache oder profiliert er sich, um als Sternchen am Horizont zu blin-

ken? Das geht allerdings voll daneben.

Eine Ampel kann in drei Farben leuchten, bei dieser herrscht anscheinend Stromausfall! Die Bitte an alle drei Parteien: Kein „Weiter so“! Deutschland hat viele Aufgaben zu meistern und mit mehr Miteinander, Diplomatie und Kommunikation sind sie sicher auch lösbar. Verlieren Sie bitte nicht aus dem Auge, dass Sie gemeinsam angetreten sind, um Deutschland voranzubringen! Die Bürger werden es Ihnen danken! Christine Zgoll-Müller, Esens

Nur wenige Spezialisten verstehen dieses Gesetz

Ihr Leitartikel zum „Heizungsgesetz“ spricht viele Wahrheiten aus: Die einschlägige Bundestagsdrucksache umfasst 170 (!) Seiten. Sowohl den Gesetzestext als auch die Inhalte verstehen und überschauen nur wenige Spezialisten. Gesetze sollen je-

doch vom betroffenen Volk befolgt werden (können), und kundige Abgeordnete sollen sie vorher beschließen. Nur. Welcher Abgeordnete beschäftigt sich damit und hat so viel Expertise, dass er das Gesetz auch versteht? Und vor allem: Die Gesetzestexte müssen auch von normalen Menschen verstanden werden.

In diesen Kriegszeiten kommen viele „Wende“-Hämmer zum Einsatz („Zeitenwende“ etc.). Arroganz der Politik, komplizierteste Regelungen und deftige Eingriffe der Politik in die Vermögenssphäre von Eigenheimbesitzern und Mietern. Da wundert sich selbst Ihre Leitartiklerin nicht, dass der Zuspruch für die AfD wächst. Wo sind die Ampel-Abgeordneten, die in Bürgerversammlungen ihre Wärmewende erklären und sich der Diskussion stellen?

Thomas Ewald, Nidderau

Diskussion: frblog.de/waerme



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

Entsetzliche Bürokratie

Zu: „Kurdischem Vater droht weiterhin Abschiebung“, FR-Region vom 7. Juli

Wie unmenschlich, hasserfüllt, machtbesessen und bürokratieverblödet muss man sein, um einen seit 26 Jahren in Deutschland lebenden, sozial und kulturell engagierten, sich für Freiheit und Demokratie einsetzenden Menschen mit Frau und Kindern abschieben zu wollen – weil er ja Kurde, also Terrorist sei? Vielleicht sollten die in der Ausländerbehörde Kassel tätigen und mit diesem „Fall“ befassen Beamten mal auf ihre verfassungstreue Einstellung überprüft werden? Elena Ezeani, Bremen

Kirche pflegt Gemeinschaft

Zu: „Kirche erlebt dramatische Austrittswelle“, FR-Politik vom 29. Juni

Jeder glaubt an was. Freiheitliche Demokratie lebt von Menschen in verschiedenen Parteien, Organisationen, Medien, Schulen, Betrieben, Familien, Vereinen, Kirchen. Wo Fehler sind, da braucht man uns. Nur Wut schadet sachlich. Wer wäre ohne Sünde, siehe Kleinklaut beim Energie sparen? Es geht weiter. Viele suchen Liebe, Hoffnung, Halt. Die Gemeinschaft pflegt auch Kirche. Man kann für Gutes eintreten. Sonst droht ein gesellschaftliches Vakuum, und es wird kälter. Wir brauchen weniger Larmoyanz, mehr Mitverantwortung und Wohlwollen. Jeder Beitrag zählt. Johannes Laubrock, Aurich

Der Extremismus der Mitte ist gefährlich

Wahlerfolge: „Die AfD im Aufwind“ und „Was hilft gegen die AfD?“, FR-Politik und -Meinung vom 1. und 3. Juli

Wilhelm Heitmeyer spricht bei der AfD von „Autoritärem Nationalradikalismus“ und beschreibt mit diesem Begriff den Kern und Charakter dieser extremistischen Partei sehr zutreffend. Er teilt die AfD-Wähler in vier Gruppen ein, von denen eine uns besonders Sorgen machen müsste. Diese Gruppe nennt er „rohe Bürgerlichkeit“ und kennzeichnet damit Menschen, die hinter ihrer bürgerlichen Fassade, den „Jargon der Verachtung“ verbergen. Gerade in Westdeutschland habe die AfD das Potenzial dieser Gruppe noch nicht ausgeschöpft.

Die Einstellungen, Vorurteile und die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit dieser biederen BürgerInnen ist anschlussfähig an rechtsextreme und populistische Positionen in CDU und

CSU. Politiker wie Merz oder Söder agieren immer wieder mit rechtspopulistischer Rhetorik und primitiven Anti-Woke-Kampagnen. Merz und Söder geht es nicht um einen kritischen Diskurs, sondern sie versuchen mit der pauschalen Diffamierung aller Menschen, die sich für Antidiskriminierung und ein sensibleres Miteinander einsetzen, im rechten Lager zu „fischen“. Statt die AfD inhaltlich und argumentativ zu bekämpfen, übernehmen diese „rohen Bürger“ die Inhalte und Parolen des autoritären Nationalradikalismus und stärken damit die AfD. Erschreckend ist, dass solche „rohen Bürger“ zunehmend Zuspruch bekommen. Stephan Hebel hat mit feiner Ironie herausgearbeitet, wie der Tübinger Oberbürgermeister in einem offenen

Brief in der „Welt“ Luisa Neubauer davor warnt, „ins Totalitäre abzurutschen“, und damit das AfD-Narrativ der „Öko-Diktatur“ bedient. Boris Palmer verkörpert den „rohen Bürger“ nahezu idealtypisch.

Möglicherweise ist dieser „Extremismus der Mitte“ die größte Gefahr für unsere Demokratie. Alle DemokratInnen sind aufgerufen, den Wert einer freiheitlichen Demokratie deutlich zu machen und gegen antidemokratische Bestrebungen zu verteidigen. Die Entwicklungen in Polen, Ungarn, Schweden, Finnland, Israel und Italien sollten uns bewusst machen, wie schnell demokratische Errungenschaften verloren gehen können. Hermann Roth, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/sonneberg

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20230710

Endlich Zeit zum Lesen

Eine Leserin berichtet, wie ihr die FR einmal besonders hilfreich war

Liebe FR, seit Jahrzehnten bin ich Abonnentin. Dabei habe ich schon einiges mit ihr erlebt. Lesen unterwegs in der U-Bahn, im Zug, im Café und natürlich zu Hause. Doch zuletzt geschah etwas – da war die Zeitung an einer Rettung nicht unbeteiligt: Denn auf meinem Weg nach oben, im Fahrstuhl, ist dieser plötzlich steckengeblieben. Zwar konnte ich den Notruf im Lift drücken, auch ein Freund kam an die Tür des Aufzugs. Er war selbst nervös, sprach mir jedoch gut zu. Trotzdem war ich nun auf unbestimmte Zeit gefangen im Fahrstuhl, sehr unangenehm. In meiner Tasche hatte ich natürlich: die FR des Tages! Das war die Rettung, denn endlich hatte ich mal Zeit zum Lesen! Die habe ich also genutzt, mich im Fahrstuhl auf den Boden gesetzt, weg konnte ich ja eh nicht. Welch interessante Lektüre – bis dann doch der Retter kam und die Tür öffnete. Da musste ich die Zeitung leider wieder einpacken und durfte den Aufzug verlassen. Astrid Heide, Hanau

Artikel 15 wird praktisch nicht angewendet

Enteignungs-Kommission des Berliner Senats: „Vergesellschaftung ist möglich“, FR-Wirtschaft vom 1. Juli

Das Land Berlin hat eine Expertenkommission einberufen, die untersuchen sollte, ob eine Vergesellschaftung von Wohnungsunternehmen möglich sei. Die Antwort kurz: Im Prinzip ja. Art. 15 des Grundgesetzes besagt: Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3.

Die Vorsitzende der Kommission, Frau Däubler-Gmelin, ehemals Bundesministerin und Richterin, führte aus: Der Art. 15 GG würde bisher weder von den Parteien, d.h. der Bundesregie-

rung, noch von den Gerichten angewendet. Eine Schande für eine Republik. Des Weiteren wurde von einem Professor ausgeführt, dass der Artikel bei der Fassung des Grundgesetzes von den Linken, d.h. der KPD (damals noch nicht verboten), der SPD und großen Teilen der CDU als Bedingung für die Zustimmung zum Grundgesetz gesehen wurde. Da hat sich im Parteienspektrum Wesentliches verändert. Artikel 15 unterliegt der konkurrierenden Gesetzgebung, führte Däubler-Gmelin aus, das heißt, wenn der Bund von seinem Gesetzgebungsrecht keinen Gebrauch macht, können es die Länder tun. Das Land Berlin hat mit einer rot-rot-grünen Regierung die Initiative ergriffen. Vom Land

Hessen hat man bisher nichts davon gehört, ob sie dem Land Berlin folgt.

In Anbetracht der großen Teile der Bevölkerung, den Mietern, für die hier eine Minderung der Miete möglich wäre, hätte das Ergebnis der Expertenkommission eine umfangreiche Information und Diskussion durch die Presse bedurft, das war leider nicht der Fall, die FR hat sich damit nicht besonders hervorgetan.

Der Regierende Bürgermeister (CDU) und auch Frau Giffey (SPD) in Berlin sind der Meinung, es wäre der falsche Weg, sie werden das Ergebnis eines Volksentscheides und der Expertenkommission wohl nicht umsetzen. Wäre das in Hessen nicht auch der Fall? Konrad Mohrmann, Frankfurt

FR ERLEBEN

Andreas Schwarzkopf moderiert die Podiumsdiskussion „Die Risiken gegenüber China minimieren, aber wie?“. Mit Reinhard Bütikofer (Grüne, MdEP), Gabriela Heinrich (SPD, MdB) und Jonas Wolff (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung). Stream: youtube.com/hausamdom
Mittwoch, 12. Juli, 18.30 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Bascha Mika moderiert Lesung und Gespräch mit dem diesjährigen Sachbuchpreisträger Ewald Frie und stellt sein neues Buch „Ein Hof und elf Geschwister“ vor. Anmeldung erforderlich.
Donnerstag, 13. Juli, 19 Uhr
Deutsche Bank Türme
Taunusanlage 12, Frankfurt